# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 608 — Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk 4,03 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 28. November

Anzeigenpreis: Hiesige Inserenten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei barer Kasse.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale


# Revolution und Kriegsschuld

## Bethmann-Hollweg über die bayerischen Dokumente

Der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg äußerte sich einem Vertreter der „Deutsch. Allgem. Ztg." gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung. Er hob u. a. hervor, daß die deutsche Regierung den Wortlaut des österreichischen Ultimatums an Serbien in der Tat nicht gekannt habe. Er persönlich habe dieses Ultimatum für zu scharf gehalten und der österreichischen Regierung in der denkbar schärfsten Form zu erkennen gegeben, daß Deutschland zwar bereit sei, seine Bundespflichten zu erfüllen, daß es die deutsche Regierung aber ablehnen müßte, sich von Oesterreich-Ungarn durch Nichtbeachtung der deutschen Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Zu diesen Ratschlägen gehörte u. a. die energische Aufforderung an das Wiener Kabinett, die zwischen ihm und Petersburg entstandenen Mißverständnisse zu beseitigen. Die deutschen Bemühungen seien aber durch die plötzliche Mobilisation in Rußland zum Stillstand gekommen, da diese Generalmobilmachung bereits den Krieg bedeuten mußte. Der deutschen Regierung die Schuld am Kriege aufzubürden, hieße die Gegner für schuldlos erklären, die jahrzehntelang vereinbarte Pläne betrieben, die sie nur bei kriegerischer Explosion verwirklichen konnten. Der frühere Kanzler erinnert ferner an die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses, an die seit 1871 betriebene Revanche-Politik Frankreichs und an die systematisch betriebene Aushöhlung der Stellung Oesterreichs und Ungarns auf dem Balkan, die sich der ausgesprochenen Unterstützung Englands erfreute. Diese Situation mußte für Deutschland lebensgefährlich werden, zumal die internationale Moral, wie sie heute eine Rolle spiele, erst im Laufe des Krieges durch Wilson aufgestellt worden sei. Zu der Frage, wie es möglich gewesen sei, daß die Schuld Deutschlands am Kriege zur Ueberzeugung fast der ganzen Welt werden konnte, sagte der frühere Kanzler: Ich sehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Auch Herr v. Bethmann hält die Zeit für die Veröffentlichung der bayerischen Dokumente als wenig geeignet und fürchtet, daß sie die Leidenschaften aufs neue aufpeitschen werden. Bezüglich Elsaß-Lothringen führt Herr v. Bethmann aus, daß Frankreich seit 1871 unverrückbar seine Politik auf die Rückerwerbung Elsaß-Lothringens zugeschnitten habe. Unsere Schuld, so führt er aus, erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, welche seine Bewohner den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergessen ließ. Vor allem müsse Deutschland zugestehen, daß es durch Mängel seines Nationalcharakters und durch Sünden seines allgemeinen Gebahrens zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen habe. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen, alldeutsche Treibereien haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvollste Gegensätze geführt hat. Dazu kamen mannigfache Mängel unserer inneren Politik. Herr v. Bethmann erwartet von der Weltgeschichte, daß sie den Richterspruch fällen werde.

Er schließt u. a. mit den Worten: „Nur wer furchtlos und der Wahrheit ins Gesicht sieht und sehen kann, hat ein Recht auf Leben. Frei wollen wir dastehen gegenüber eigener Schuld, aber wenn uns das Schicksal auch noch so hart geschlagen hat, unwahre Bekenntnisse lassen wir uns von ihm nicht abringen. Wir sind keine Pharisäer, aber wir sind auch keine Sklaven."

*

## Die Schuld am Kriege

Die bayerische Volksregierung des Herrn Eisner hatte den Berliner Gesandtschaftsbericht des Grafen Lerchenfeld, den wir unsern Lesern am Montag mitteilten, in der Absicht veröffentlicht, um die Schuld am Kriege Deutschland zuzuschieben und damit das Wohlwollen der Feinde zu erkaufen. Gleichzeitig hat bei dieser Veröffentlichung zweifellos auch die Tendenz mitgewirkt, durch die Aufrollung der Schuldfrage die Aufmerksamkeit des Bürgertums von den durch die Revolution herbeigeführten „freiheitlichen" und sonstigen Zuständen abzulenken. Auf diese Absicht werden wir noch in anderem Zusammenhange zurückkommen. Heute möchten wir nur registrieren, welche Stellung der bekannte Pazifist Prof. Hans Delbrück zu dem Lerchenfeldschen Bericht einnimmt. Prof. Delbrück hat sich in so zahlreichen Publikationen als ein Prediger des Unterwerfungsfriedens betätigt, daß er über jeden Verdacht erhaben ist, er könnte etwas beschönigen, was von deutscher Seite zum Kriege getrieben hat. Gerade darum sind die folgenden Ausführungen, die er im „Vorwärts" veröffentlicht, recht wertvoll:

„Zunächst ist klar, daß der Lerchenfeldsche Bericht sachlich so gut wie nichts Neues enthält. Er bringt die Dinge nur in einer etwas anderen Beleuchtung, die allerdings sehr ungünstig erscheint, aber bei ruhiger Ueberlegung durch eine bessere ersetzt werden kann.

Der Bericht sagt uns, daß die Reise des Kaisers nach Norwegen, die Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes in Berlin und in Wien auf Täuschung berechnet war. Das klingt sehr böse. Der Zweck dieser Täuschung aber war nicht etwa, den Krieg zu entzünden, sondern im Gegenteil, durch die Plötzlichkeit des Vorstoßes gegen Serbien, dessen Unterstützung durch Rußland zu erschweren und dadurch den Konflikt womöglich zu lokalisieren. Aus demselben Grunde wollte man auch erst die Abreise Poincarés aus Petersburg abwarten. Ist das tadelnswert?

Der Bericht sagt weiter, daß man es nicht gern gesehen hätte, wenn Serbien aus freien Stücken eine Genugtuung angeboten hätte. Das klingt wieder sehr konfliktlüstern, bedeutet aber im Zusammenhang des Ganzen etwas anderes. Wenn Serbien freiwillig eine Genugtuung angeboten hätte, so wäre sie natürlich ziemlich gemäßigt ausgefallen. Dann aber wäre nach der Auffassung der österreichischen, wie der deutschen Staatsmänner Oesterreich verloren gewesen. Serbien betrieb mit Unterstützung Rußlands eine groß angelegte, systematische Agitation zur Schaffung eines großen südslawischen Staates, der die Zerstörung Oesterreich-Ungarns bedingte. Ueber kurz oder lang mußte das notwendig zum Kriege führen. Das einzige Mittel, diesen Krieg zu verhindern, war, daß Oesterreich, ehe Rußland völlig kriegsbereit war, die Serben so sehr demütigte, daß sie ihre Großmachtträume fahren ließen. Wenn Oesterreich sich für die Ermordung seines Thronfolgers mit einer mäßigen Genugtuung begnügte, so schwoll den Serben der Kamm erst recht und die Kriegsgefahr blieb nicht nur bestehen, sondern wuchs sogar noch. Wiederum also nicht um des Krieges, sondern um des Friedens willen hat die deutsche Regierung Oesterreich gedrängt, eine möglichst starke Genugtuung zu fordern!

Graf Lerchenfeld schreibt nach Wiedergabe des Ultimatums: „Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg." Das ist ein Urteil des Grafen Lerchenfeld, dem man sich nicht anzuschließen braucht. Serbien hätte, wenn es einen dauernden Frieden mit seinem mächtigen Nachbarn beabsichtigte, sehr wohl die Bedingungen des Ultimatums annehmen können, und das ist auch offenbar die Auffassung der deutschen Regierung gewesen, denn der Lerchenfeld'sche Bericht legt des weiteren ausführlich dar, daß man in Berlin geglaubt habe, Rußland werde nur bluffen, es aber nicht zum Kriege treiben. Der Krieg wäre also auf Serbien lokalisiert geblieben, und man weiß, daß Herr von Bethmann Hollweg sich nachher alle Mühe gegeben hat, den Konflikt dadurch zu beendigen, daß Oesterreich sich mit der vorübergehenden Besetzung Belgrads begnüge. Der Weltkrieg ist erst dadurch entstanden, daß Rußland durch seine Mobilmachung diesen Plan zerriß.

Der ungeheure Irrtum der deutschen Regierung war, daß sie glaubte, Rußland werde sich die Demütigung Serbiens gefallen lassen, und der ungeheure Irrtum des deutschen Generalstabs war, daß er glaubte, die deutsche Armee werde in vier Wochen mit Frankreich fertig sein. Man mag über diese Irrtümer urteilen so strenge und so hart, wie man will, auf keinen Fall aber haben sie etwas zu tun mit der Beschuldigung, die deutsche Regierung habe den Krieg betrieben und angezettelt. Der Weltkrieg ist ausgegangen von dem panslawistisch-autokratischen Rußland, und wenn Deutschland Oesterreich zu energischem Vorgehen vorwärts getrieben hat, so hat es das getan in der Hoffnung, den Weltkrieg dadurch nicht zu entzünden, sondern zu vermeiden. Das konnte man schon aus den bisherigen Veröffentlichungen erkennen, und das wird durch die Veröffentlichungen des Grafen Lerchenfeld lediglich bestätigt."

*

## Das Echo aus England

London, 27. November.

Zu den bayerischen Enthüllungen über den Ursprung des Krieges bemerkt die „Westminster Gazette": Es ist eine erstaunlich genaue Aufdeckung der Schuldfrage. Lerchenfeld zeigt uns eine kleine Clique in Berlin und Wien, die entschlossen ist, der Welt den Krieg zu bringen. Niemals in der Geschichte wurde ein Verbrechen kaltblütiger und mit mehr Ueberlegung vorbereitet. Neben dieser kleinen Gruppe von Zerstörern in Berlin und Wien erscheint Napoleon in den schlimmsten Augenblicken als unschuldiger Mann. Es ist wahr, sie hatten einen anderen Krieg geplant, und der Kaiser konnte die Hand aufs Herz legen und erklären, er habe diesen Krieg nicht gewünscht. Der Krieg, mit dem er gerechnet hat, sollte Frankreich durch einen schnellen Schlag zu Boden werfen und Rußland durch eine rasche Bewegung erledigen, während Deutschland Europa die Bedingungen diktieren würde. Einen teuflischeren Plan hätte es nie gegeben, niemals einen Plan, der auf soviel falsche Berechnungen gegründet wurde und so vollständig gescheitert ist. Jetzt ist es Sache der Welt, die Urheber des Verbrechens der Gerechtigkeit zu überantworten.

„Daily Telegraph" schreibt zu den bayerischen Enthüllungen über den Ursprung des Krieges: Von allen Seiten kommt die Bestätigung der Ueberzeugung, die schon längst von den Alliierten gehegt wurde. Wenn wir fragen, warum die deutschen Stämme so viel Wert darauf legen, ihre schmutzige Wäsche in der Oeffentlichkeit zu waschen, so ist die Antwort wahrscheinlich, daß sie wünschen, ein für allemal das preußische Uebergewicht zu beseitigen. Vielleicht werden schließlich zwei Republiken entstehen, eine mit Schweinfurt als Hauptstadt, die andere mit Berlin. Wir können nur hoffen, daß in Deutschland irgendeine dauerhafte Regierung entstehen wird, mit der in Friedensverhandlungen zu treten für die Ententemächte möglich ist. Aber wir können keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Teilen des früheren Deutschlands machen oder einige Staaten von der Verantwortung für den Krieg entlasten. Bayern ist genau so wie jeder andere deutsche Staat hineinverwickelt. Die Enthüllungen Lerchenfelds bestätigen nur unsere Ansicht, daß das ganze Deutschland sich dafür entschieden hat, die Verantwortung für das Vorgehen der kaiserlichen Regierung zu übernehmen. Deswegen muß es dieselbe Verurteilung und dieselbe Strafe erwarten.

*

## Wenn wir durchgehalten hätten

Der Führer der vierten Staffel der nach England gesandten deutschen U-Boote berichtet über die Fahrt folgendes:

**Die Uebergabe fand in derselben Weise statt, wie bei den früheren Staffeln, nur daß beim An-Bord-Kommen der englischen Besatzungen die deutsche Kriegsflagge unter der englischen gesetzt und beim Vom-Bord-Gehen der deutschen Besatzung ganz niedergehalten wurde. Zwei der englischen U-Boot-Kommandanten äußerten ähnlich wie bei früheren Gelegenheiten, daß für England infolge Kohlenmangels und anderer Schwierigkeiten der Krieg nach etwa zwei Monaten, also im Januar 1919, nicht mehr hätte weitergeführt werden können. Auch bei Uebergabe dieser Staffel kam es dazu, daß die englischen Besatzungen alles wegnahmen, was nicht niet- und nagelfest war. Die englischen Offiziere beteiligten sich an diesem Unternehmen. Wieder sehr gesucht waren die deutschen vorzüglichen Doppelgläser. Unter allen englischen Besatzungen herrschte tadellose Disziplin und Ordnung.**

## Bruch zwischen Bayern und Auswärtigem Amt

München, 27. November.

Vom Ministerium des Aeußern ist nachstehendes Telegramm gestern abend an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Uebermittelung an das Auswärtige Amt gesandt worden:

„Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen. Kurt Eisner."

Die „Freiheit", das Organ der unabhängigen Sozialisten, wendet sich gegen den Protest des Auswärtigen Amtes betreffend die Veröffentlichung der Berichte des Grafen Lerchenfeld. Kautsky, der Beigeordnete des Staatssekretärs Solf, sei von diesem Protest ebenso wie von der am Sonntag veröffentlichten Note Solfs vollständig überrascht worden. Das seien unmögliche, unerträgliche Verhältnisse. Kautsky habe die Veröffentlichung der Berichte des Grafen Lerchenfeld mit Genugtuung begrüßt und sei seinerseits bei der Arbeit, englische Publikationen über die Vorgeschichte des Krieges vorzubereiten.

## Das Suchen nach den Schuldigen

Wien, 27. November.

Von amtlicher Seite wird erwogen, alle Personen unter Aufsicht zu stellen, deren Schuld am Kriegsausbruch bereits feststeht. So sollen die Grafen Berchtold und Czernin und mehrere Gesandte, sowie hohe Beamte des Kriegsministeriums, die sich an Kriegslieferungen beteiligt haben, unter Aufsicht gestellt werden. Auch Karl von Habsburg sowie den Erzherzögen Friedrich, Eugen, und Peter Ferdinand soll das gleiche Schicksal bevorstehen. Ferner dürften u. a. die Heerführer Hötzendorff, Berewick, Dankl unter Aufsicht gestellt werden. Die militärische Untersuchung dürfte General Auffenburg führen.

Der ehemalige Minister des Aeußern Graf Ottokar Czernin veröffentlicht folgende Erklärung: **Herr Dr. Jaffee hat unter Zitierung eines Briefes von mir die Behauptung aufrechterhalten, daß ein Friedensangebot**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191811281-10/fragment/page=0001

Amerikas durch einen Vertrauensmann Wilsons erfolgt und von mir abgelehnt worden sei. Es handelt sich um einen der zahlreichen Fälle, in welchem eine Privatperson den Versuch unternehmen wollte, die Friedensfrage zu fördern, ohne jedoch irgend eine Legitimation als Vertrauensmann der gegenerischen Regierungen nachweisen zu können.

Der „Petit Parisien" läßt sich von seinem nach München entsandten Berichterstatter melden: Kurt Eisner sei nach Berlin abgereist, um zu verlangen, daß nicht nur Solf und alle Beamte des alten Regimes entlassen werden, sondern daß alle Persönlichkeiten, die nach den im bayerischen Ministerium des Aeußern vorgefundenen Geheimdokumenten für den Krieg verantwortlich seien, vor ein Staatsgericht gestellt werden.

Im Laufe seiner Rede in Dundee erklärte Churchill in Beantwortung einer Frage über die Friedensbedingungen: Wir sind völlig g.und.n hinsichtlich der Freiheit der Meere. Die deutsche Nation als ganzes war an diesem Angriffskrieg schuldig. Sie haben alle dafür zu zahlen. Jeder einzelne Deutsche, der bestimmter Brüche des Kriegsrechts zu Lande oder zur See überführt werden kann, oder der nachweislich zu grausam gehandelt hat, sollte vor Gericht gestellt und wie ein Verbrecher bestraft werden, wie hochgestellter auch sei. Die juristischen Berater der Krone sind beschäftigt diese Frage zu prüfen, damit wir imstande sind, unsere Anklagen gegen die Schuldigen vorzubereiten.

*

## Unwürdige Unterwürfigkeit

Ein Bittgesuch der „Deutschen demokratischen Partei" an Wilson.

Berlin, 27. November.

Heute ist durch Funkspruch das Telegramm der deutschen Demokratischen Partei an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika abgegangen:

In dieser für unser Vaterland unendlich schweren Zeit wenden wir, die Leiter und Begründer der deutschen Demokratie uns an Sie, den Vertreter der großen amerikanischen Demokratie. Die deutsche Demokratie, der aus allen Teilen des Landes Anhänger zuströmen, bekennt sich zur Republik und hilft, ohne auf dem Boden der Sozialdemokratie zu stehen, die junge Freiheit gegen bolschewistischen Terror zu verteidigen. Zu uns gehören diejenigen, die den Militarismus und die Gewaltpolitik bekämpft haben und es stehen uns alle fern, die als Agitatoren des Nationalismus und der Eroberung und als Anstifter des U-Bootkrieges aufgetreten sind. Wir wollen ein Deutschland und erstehen eine Welt, wie Sie, Herr Präsident, es vorgezeichnet haben. Der Haß, die Rachsucht, die militärische Machtauffassung und die bolschewistische Anarchie soll darin keinen Platz haben, aber wir sehen der Verwirklichung dieser Ideale aufs schwerste bedroht. Die unerhörte Rücksichtslosigkeit, mit der besonders von französischer Seite die Durchführung der ohnehin unerträglichen Waffenstillstandsbedingungen gefordert wird, muß Deutschland in furchtbarste Verwirrung stürzen. Wenn man im Auslande den Erklärungen der deutschen Regierung und der deutschen Waffenstillstandskommission vielleicht keinen Glauben geschenkt haben soll, so bezeugen wir vor dem amerikanischen Volke die volle Wahrheit alles dessen, was über die Not Deutschlands gesagt worden ist. Aus dieser Not, sowie aus der Arbeitslosigkeit und dem Hunger muß die Anarchie der Straße hervorstehen, und die Anarchie muß wiederum zu militärischer Reaktion führen. Der Triumpf der Hetzprediger bei unseren Gegnern muß Haß auch in Deutschland erzeugen und die Herrschaft der Gerechtigkeit der Versöhnung der demokratischen Partei wird unmöglich gemacht. Jene Nachrichten über die entsetzlichen Verwüstungen, welche die heimgesuchten Länder trafen, hat unser Grauen vor dem Kriege und unsere Abneigung gegen die alte Gewaltspolitik weiterhin verstärkt. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, gemeinsam mit den Demokratien aller Länder das neue Menschheitsgebäude und den Völkerbund auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu errichten. Aber dieses Bestreben wird heute durch diejenigen unserer Gegner gestört, die niemals von Versöhnung etwas wissen wollten und den von uns bekämpften Alldeutschen geistesverwandt sind. Wir protestieren dagegen, daß Vertreter dieses verderblichen nationalistischen Geistes über die Zukunft unseres Volkes und über die Zukunft der Welt entscheiden sollen. Wir lieben unser Volk in seinem Leiden noch mehr, als wir es in seinem Glücke geliebt haben, und wir ersuchen Sie, Herr Präsident, nicht zu dulden, daß dieses Volk von berauschten Gegnern in unabsehbares Elend gestoßen und die republikanische Freiheit im neuen Deutschland zerstören wird.

Die Deutsche demokratische Partei.

*

## Der Bankerott der Revolutionäre

In den Blättern, die sich mit der Deutschen Demokratischen Partei des Herrn Th. Wolff vom B. T. auf den Boden der neuen Zeit stellten, gehörte bekanntlich der linke Flügel der Nationalliberalen mit seinem Organ, dem „Leipziger Tageblatt". Den Bankerott dieser neuen, so herrlichen Zeit und damit den Bankerott der eigenen Politik müssen die Herrschaften jetzt selbst eingestehen. So schreibt das „Leipziger Tageblatt" (Nr. 301) unter der Ueberschrift: „So geht es nicht weiter":

„Die Verdienste, die unsere Revolution bisher hat, sind lediglich negativ. Sie hat die alte Autorität beseitigt, die freilich hohl genug geworden war, aber sie hat keine andere an die Stelle gesetzt, die auch nur jener schwachen irgendwie vergleichbar wäre, und sie ist noch nicht einmal auf dem Wege dazu. Das erste war leicht, das zweite ist schwer, für diese Revolution anscheinend zu schwer. Sie hat die deutschen Fürsten abgesetzt, nun gut, aber was weiter? Das Proletariat hat sich befreit, sehr schön, wir gönnen es ihm, aber das Proletariat will herrschen und zwar ausschließlich, und das ist keineswegs mehr schön und gar nicht möglich, wie sich zeigt. Bis jetzt ist nichts geschaffen, nur zerschlagen worden, und das Chaos wäre schon da, wenn nicht die bürgerlichen Behörden und Beamten weiter gearbeitet hätten. Die nächsten, dringendsten Aufgaben kann die Revolution offenbar nicht erfüllen; sie heißen Friede, geordnete Demobilisierung, Nahrung und geregelte Arbeitsverhältnisse. Den Frieden wird sie nicht allein herbeiführen, nicht einmal den Vorfrieden wird sie allein zustande bringen, sondern sie wird vielleicht sogar den Reichstag dazu brauchen, da der rechtzeitige Zusammentritt der Nationalversammlung ihr „technisch zu schwierig" ist. Die Demobilisierung ist ihr zum Teil unter den Händen zerronnen, sie hat vielfach die Form der Auflösung angenommen, wobei besondere, plötzliche Ernährungsschwierigkeiten aufgetaucht und große Vorräte eingebüßt worden sind. Wenn die Arbeitsbeschaffung gelingt, so geschieht es unter ungeheuren Opfern des Bürgertums, aber nicht durch ein Verdienst der Revolution.

Was nun? Die begeisterten Revolutionäre auch unter den Bürgerlichen stehen, wie schon so oft, vor einem Trümmerfeld ihrer Erwartungen und Hoffnungen, das sie selbst schaffen halfen.

## Deutsche Einladung an Wilson?

Berlin, 27. November.

Von einflußreichen Kreisen wird auf die Regierung dahin eingewirkt, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsident Wilson gerichtet werden möge, auch Deutschland oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz nach Europa begeben sollte.

*

## Die Wahlordnung zur Nationalversammlung

40 Bezirke. — Auf 150 000 Einwohner 1 Abgeordneter.

Der Entwurf über die Wahlordnung zur Nationalversammlung ist vorgestern früh im Kabinett beraten worden. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, da die Verhandlungen mittags abgebrochen wurden und erst gestern früh fortgesetzt wurden, doch scheint der Entwurf eine freundliche Aufnahme gefunden zu haben. Die Zahl der Wahlkreise steht noch nicht genau fest, doch rechnet man mit 40 Verhältniswahlbezirken, auf die dann eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten entfiele. Ihre Zahl soll so ermittelt werden, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

*

## Einrücken der Ententetruppen in die Pfalz

Karlsruhe, 27. November.

Die Truppen der Entente rücken am 30. November in die südliche Pfalz und am 4. Dezember in die nördliche Pfalz ein. Die deutsche Verwaltung wird während der Besetzung der Pfalz ihre Obliegenheiten weiter ausüben. Die Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1898 und 99 erhielten Befehl, spätestens am 28. November bei ihren Ersatztruppenteilen rechts des Rheins einzutreten. Staatssekretär Erzberger telegraphierte, daß die Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen dem rechtsrheinischen Gebiet und der besetzten Pfalz gemäß den Waffenstillstandsbedingungen gewährleistet sei.

## Aufforderung zum Regierungssturz

München, 27. November.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München hat nachstehendes Telegramm an den Vollzugsausschuß des Soldatenrates Berlin abgesandt: „Der Vollzugsausschuß des A.-, S.- und B.-Rates München entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republik ein Entrüstung die unerhörte Tatsache, daß noch immer konterrevolutionäre Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann, einen entscheidenden Einfluß, besonders in der auswärtigen Politik, ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den Soldatenrat von Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

## Kleine Nachrichten

**Städtischer Grundstückswechsel.** In verschiedenen Städten sind in letzter Zeit in größerem Umfange Verkäufe von Grundstücken erfolgt bzw. im Gange; sie hängen teilweise mit der Absicht zusammen, langfristige Mietsverträge zur Auflösung zu bringen. Die städtischen Körperschaften begegnen der Schlage dadurch, daß sie einen Zuschlag von 100 v. H. zum Reichszuwachssteueranteil der Stadt erheben wollen und die Kaufabgabe bei allen unbebauten Grundstücken vom Wert des Grundstückes zu erhöhen.

**Was wird aus den „belasteten" Annexionisten der Demokratischen Partei?** Das „Berliner Tageblatt" d ohe am Sonntag den ehemaligen Annexionisten, wenn sie die Demokratische Partei angriffen, mit der fortgesetzten Wiederholung früherer Reden über den U-Bootkrieg und andere Fragen der Kriegspolitik. Die „Natl. Korr." bemerkt dazu: Ist es dem „B. T." bekannt, daß der größte Teil des provisori chen Vorstand s der Deutschen Demokratischen Partei aus Personen besteht, die wiederholt durch ihre Zustimmung zu öffentlichen Erklärungen gefordert haben, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich ist in unserer Hand bl iben müsse? Ist es dem „B. T." ferner bekannt, daß sich in der Führung der Deutschen Demokratischen Partei Reichstagsabgeordnete befinden, die sogar vor dem 1. Februar 1917 in einem Antrag an den Reichstag für die sofortige Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges eingetreten sind? Was gedenkt das „B. T." zu tun, um gegen diese liberalen Annexionisten verschieden r Schattierungen in der Deutschen Demokratischen Partei vorzugehen? U. A. w. g.

**Rechtfertigungsschrift Bethmann Hollwegs.** Nach der „Kreuzzeitung" beabsichtigt Herr v. Bethmann Hollweg eine Rechtfertigung seiner Politik zu schreiben. Wie wir schon seinerzeit meldeten, was aber damals bestritten wurde, waren Bethmann Hollweg und der frühere Staatssekretär v. Jagow am 2. November im Reichskanzlerhause und beschäftigten sich mit der Sichtung des Materials.

**Volle Freiheit politischer Betätigung den Beamten zugesichert.** Der Staatsrat für Anhalt hat in seiner Sitzung vom 22. d. M. anläßlich einer Anfrage folgenden Beschluß gefaßt: „Im Gegensatz zu der Praxis des alten Regimentes ist nunmehr den Beamten das volle Recht ihrer politischen Betätigung gewährleistet. Insbesondere können sie sich an Wahlen beteiligen, rednerisch auftreten und candidieren, ohne daß sie deshalb Ungünstigkeiten für ihre dienstliche Stellung zu befürchten brauchen."

**Frau Stadtkommandant Noske als Hamsterin.** Gehamstert soll nicht werden, das ist die Anordnung der neuen Machthaber. Diese selbst scheinen aber die Stichhaltigkeit ihrer Anordnungen selbst nicht immer vollwertig zu nehmen. Die Gattin des bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten und Stadtkommandanten in Kiel, Noske, aus Chemnitz, war vor mehreren Tagen von Chemnitz nach Großwaltersdorf im Erzgebirge gefahren und hatte in einem dortigen Bauernguts Lebensmittel eingehamstert. Der Gemeindevorstand von Großwaltersdorf konnte sich in der letzten Zeit der Hamsterer und Schleichhändler nicht mehr erwehren und hatte sich daher entschlossen, im Interesse der hungernden Bewohner des Erzgebirges die Hilfe des sächsischen Kriegswucheramtes anzurufen. Mehrere Beamte dieser Behörde hatten sich daher in die erzgebirgischen Dörfer und Städte begeben, um eine Revision der Bahnhöfe und Straßen vorzunehmen. Bei einer dieser Revisionen fiel auch Frau Stadtkommandant Noske in die Hände der Beamten des Dresdener Schleichhandelsamts. Frau Noske erreichte auf dem Bahnhof in Großwaltersdorf Verdacht. Sie wurde angehalten und es stellte sich heraus, daß die Genannte mehrere Pfund Quark und 5 Liter Milch bei sich führte. Auch unter ihren Kleidern schien sie noch Nahrungsmittel verborgen zu haben, doch konnte eine diesbezügliche Feststellung, da eine weibliche Person, die Frau Noske untersuchen konnte, nicht zur Stelle war, nicht vorgenommen werden. Es wurde aber ermittelt, daß Frau Noske mehrere Male in der Woche mit dem Zuge von Chemnitz in Großwaltersdorf eintrifft, und in einem dortigen Bauernguts ihre Hamstergeschäfte besorgt. Die Personalien der Frau Noske wurden einwandfrei festgestellt, denn sie war mit einem visierten Reisepaß, der ihre Photographie enthielt, versehen.

**Amerikanischer Vertreter in Berlin.** Frankfurt a. M., 27. Nov. Der Direktor des amerikanischen Roten Kreuzes in Skandinavien ist, wie der „Frkf. Ztg." gemeldet wird, in Berlin angekommen, um für den Abtransport der amerikanischen Kriegsgefangenen Absprache zu treffen. Er wird gleichzeitig mit den Berliner Stellen die Lebensmittelfrage besprechen.

## Eine Note der Waffenstillstandskommission

Bitte um Zufuhr von Nahrungsmitteln.

Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstands-Kommission dem Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstands-Kommission folgende Note überreicht:

Gemäß Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages ist die nationale Waffenstillstandskomission eingesetzt worden, die bestmögliche Ausführung des Waffenstillstandsabkommens zu sichern. Deutschland hat daher annehmen müssen, daß die in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erörtert werden müssen und hat von vornherein und wiederholt um Entsendung aller in Frage kommenden Vertreter der Alliierten und Vereinigten Staaten gebeten.

2. Am 18. November sind schriftliche Bitten um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Hierauf ist am gleichen Tage erwidert worden, daß diese Bitte an die zuständige Stelle weitergegeben worden sei. Am 20. November ist gemeldet worden, daß Admiral Beatty dem Admiral Meurer gegenüber sich als nicht zuständig erklärt und erneut um Entsendung entsprechender Vertreter gebeten habe.

3. Es sind bisher weder die Vertreter, noch eine Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen. Die Erörterung der Fragen erduldet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmeren Hunger leiden muß als bisher, wenn ihm durch die Verschärfung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht hat, die geringen Zufuhren, die es während des Krieges noch hatte, entzogen werden. Zu der Gefahr des Verhungernd tritt jetzt schon die Gefährdung der öffentlichen Ordnung in allen Hafenstädten durch die Arbeitslosigkeit der seefahrenden und Fischereibevölkerung.

4. Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte einseitig von der Verhandlung ausgeschlossen werden, besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhren und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder will, noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen, somit also die Voraussetzungen für die harten Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr vorhanden sind.

*

## Keine Bewegung deutscher Schiffe

Berlin, 27. November.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Für die in heimischen Gewässern befindlichen Kriegsschiffe ist jede Veränderung ihres Standortes von der Genehmigung des englischen Flottenchefs abhängig. Ein großer Teil der in Danzig stehenden Torpedoboote und Kriegsschiffe hat mit der Abrüstung begonnen. Zum Abtransport von Truppen aus Reval ist eine Transportgruppe gebildet worden die bestehen aus den Dampfern „Adolf Woermann", „Prinzessin" und „Victoria".

## Frauen in städtischer Verwaltung

Berlin, 27. November.

Die Preußische Regierung hat folgendes angeordnet: Zu Mitgliedern gemischter städtischer Verwaltungs-Deputationen können auch weibliche Personen bestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, unter denen nach den geltenden Gesetze männlichen Personen das Bürgerrecht zuteilt. Insoweit nach den bestehenden Bestimmungen der Besitz des Bürgerrechts für männliche Personen ein Haus- und Grundbesitz-Einkommen oder eine Steuerzahlung voraussetzt, sind die Bedingungen bei verheirateten weiblichen Personen auch dann vorliegend anzusehen, wenn sie bei dem Ehemann erfüllt sind. Im übrigen sind Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz der Minderjährigen oder in elterlicher Gewalt befindlichen Kinder der Mutter anzurechnen.

## Verwaltungsbehörden und A.- und S.-Räte

Berlin, 27. November.

Den Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ist am 14. November ein telegraphischer Erlaß der preußischen Regierung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden mit den A.- und S.-Räten, sowie den Bauernräten, zugegangen, nachdem die Vertreter des A.- und S.-Rates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidien, Regierungen und Landratsämtern zur Seite zu treten haben und bei allen wichtigen Verhandlungen zugezogen werden. Die Form dieser Zuziehung wird sich vom Standpunkt gegenseitiger loyaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Bestreben unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge gehalten wird. Die Grundsätze dieses Erlasses haben auch für die kommunalen Verwaltungen Geltung. Die Gemeinde-Verwaltungsbehörden haben sich auf Verlangen der Kontrolle der A.- u. S.-Räte zu unterstellen und sie bei allen wichtigen Verhandlungen zuzuziehen. Die geeignete Form dieser Zuziehung wird sich je nach den örtlichen Verhältnissen bei loyalem Zusammenarbeiten unschwer finden lassen. Ein geeignetes Heranziehen interessierter und kontrollierender Persönlichkeiten ist durch die Bildung gemischter Deputationen und unter Beteiligung stimmfähiger Bürger in Anlehnung an § 59 der örtlichen Städteordnung in die Wege zu leiten. Eine solche Deputation wird, wenn sie mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet ist und eine entsprechende Zahl von Mitgliedern der A.- und S.-Räte umfaßt, die zugleich entweder den städtischen Körperschaften angehören oder doch stimmfähige Bürger sind, in vielen Fällen eine geeignete Form für die Zusammenarbeit bilden.

Dr. Breitscheid. Hirsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191811281-10/fragment/page=0002

# Die polnische Gefahr

Immer neue Mitteilungen aus der Ostmark zeigen, wie gefährlich die dortige Lage, sowohl für die ostmärkischen Deutschen wie für den deutschen Staat, sich entwickelt. Das **Ziel** der Polen, alle Gegenden, in denen sich hinreichend Leute mit polnischen Namen finden — gleichviel ob sie die Mehrheit haben oder nicht — so schnell und so gründlich wie möglich aus dem Einfluß deutscher Behörden herauszuziehen und polnisch zu organisieren, tritt immer klarer vor Augen. Hand in Hand damit geht das offenkundige Bestreben der Polen, möglichst viel Deutsche direkt zur Abwanderung zu nötigen. Nicht etwa nur in der Provinz **Posen**, sondern auch schon in **Westpreußen** macht sich eine offenbar planmäßige Verständigung polnischer Geschäfte dahin bemerkbar, daß sie den Deutschen nichts mehr verkaufen, um ihnen das Leben möglichst schwer zu machen. Wie weit dieses Bestreben geht, zeigt ein Bericht über die Verhältnisse in **Lissa**, dessen Bevölkerung ganz vorwiegend deutsch ist. Die polnischen Bauern der Umgegend liefern ihre Erzeugnisse nicht mehr ab, so daß die Versorgung der Stadt, natürlich nur ihrer etwa 15 000 **deutschen** Einwohner, bereits gefährdet erscheint; es wird mitgeteilt, daß polnische Bauern die Milchkontrolleure aus ihren Häusern geworfen haben.

Daß es sich um ein planmäßiges, umfassendes Vorgehen der Polen handelt, kann nur verkennen, wer keine Ahnung von ihren wirklichen Absichten hat. Aus Westpreußen wird berichtet, daß polnische Arbeiter- und Soldatenräte die Auslieferung sämtlicher in Privatbesitz befindlichen **Waffen** verlangen; daß dabei nur die **Deutschen waffenlos** gemacht werden, während man für die Polen genügend Waffen sichert, braucht wohl kaum erst gezeigt zu werden. In einem westpreußischen Ort mit deutschem Namen hat der polnische Vikar in einer polnischen Versammlung erklärt, die deutschen Gemeindevorsteher seien abgesetzt, an ihre Stelle träten nun die vom Volk, d. h. von den Einwohnern polnischen Namens gewählten Vorsteher. Er fügte hinzu: Und wenn man mit 50 Maschinengewehren kommt und will euch das Amt nehmen, dann gebt es nicht wieder her.

Im übrigen braucht auf Einzelvorgänge nicht näher eingegangen zu werden; die **Tendenz** der Polen, **einen Zustand zu schaffen, der die deutschen Ostmarken als polnisches Land erscheinen läßt**, tritt überall zwingend vor Augen. Die Deutschen sind vielfach schon so eingeschüchtert und haben zugleich das Vertrauen zur deutschen Regierung derart verloren, daß sie sich um des lieben Friedens willen schweigend in die neuen Verhältnisse fügen. Daraus erklären sich auch wohl einzelne Stimmen, in denen den beunruhigenden Nachrichten und ernsten Auffassungen deutscher Zeitungen widersprochen wird. Jeder, der die Polen kennt, weiß ja auch, daß sie klug genug sind, ihre Legalität bis zum letzten Augenblick zu beteuern und Gewaltsamkeiten, die als solche allzu deutlich in die Augen fallen, zu vermeiden. Die Gefahr ist aber nur um so größer, je mehr es den Polen gelingt, ihre wahren Absichten zu verschleiern. In Wirklichkeit kann sich über diese Absichten nur noch täuschen, wer aus irgendwelchen Gründen die Dinge nicht so sehen **will**, wie sie tatsächlich sind. In Wirklichkeit werden wir, wenn die Revolutionsregierung die Dinge weiter so laufen läßt, eines Tages aus den polnisch durchsetzten Landesteilen kein Lot **Nahrungsmittel** und kein Gramm **Kohle** mehr erhalten; und wir werden diese Landesteile über Nacht an den polnischen Staat verlieren. Nur wenn die Regierung rasch und umfassend handelt, kann unabsehbaren Gefahren für unsere Volksernährung und für den Bestand des Reiches noch wirksam begegnet werden.

*

# Verkehrshindernde Eingriffe

**(Amtlich. Warnung.)**

Die Reichsregierung machte schon am 15. November auf die **Gefahren** aufmerksam, die durch die Eingriffe lokaler Stellen in den Betrieb und die **Verwaltung des öffentlichen Verkehrswesens** heraufbeschworen werden. Damals handelte es sich besonders darum, den ungehinderten Gang der Eisenbahnverwaltung zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen, Rückbeförderung der Truppen und Ernährung des Volkes und Heeres sicherzustellen. Nichts weniger wichtig für die **Lösung** der schweren Aufgaben, die dem deutschen Volke jetzt gestellt werden, ist aber auch der geordnete Betrieb im Schiffahrtsverkehr. Auch hier muß dringend davor gewarnt werden, die Fluß- und Kanalschiffahrt, die Verwaltung der Hafenbehörden oder gar die Schiffahrtsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens durch unmittelbare Anordnungen örtlicher Aufsichtsinstanzen lahmzulegen. Werden hier Mißbräuche festgestellt, so wende man sich an den Volksbeauftragten Dittmann, dem die Aufsicht über das Verkehrswesen übertragen ist.

Die Reichsregierung. Ebert. Haase.

*

# Der Heimatschutz Ost

An der Spitze des Arbeitsprogramms, das dem A. O. K. Heimatschutz-Ost gestellt ist, prangt der Satz, daß es **in keiner Weise gegen die Polen** oder gegen die polnische Bevölkerung auf deutschem Boden gerichtet sei. In unseren Ostseeprovinzen wird diese Fassung einige Verwunderung erregen. Gewiß wünscht niemand ein militärisches Aufgebot gegen die Polen, so lange sie sich der staatlichen Ordnung fügen und so lange sie sich aller Uebergriffe gegen die deutsche Bevölkerung unserer östlichen Provinzen enthalten. Aber ein A. O. K. Heimatschutz-Ost hätte nach unserer Meinung vor allen Dingen die Aufgabe, **für die deutschen Interessen** dieses Ostens tätig zu sein, sie zu schützen gegen alle Angriffe und Vergewaltigungen, die gegen sie unternommen werden, auch wenn diese Angriffe von polnischer Seite kommen sollten. Wenn unsere Regierung die Verpflichtung anerkennt, die deutschen Grenzen vom August 1914 vor Eigenmächtigkeiten der Warschauer Polen zu sichern, so muß sie doch auch die deutsche Bevölkerung gegen alle Uebergriffe und Vergewaltigungen schützen, denen sie von Elementen, die **diesseits** dieser Grenzen ihr Wesen treiben, ausgesetzt sind. Und neben der deutschen Bevölkerung gibt es doch wohl auch noch eine **deutsche Staatshoheit**, die man sich nicht ohne Gegenwehr aus den Händen winden lassen darf. Tatsächlich aber liegen die Dinge im Osten so, daß die Polen eine **polnische Staatsautorität** an die Stelle der deutschen gesetzt haben und daß man mit ihnen bereits verhandeln muß, wenn die Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten überhaupt noch erreicht werden soll. Kein Deutscher in der Provinz Posen kann es begreifen, daß für diese Lage der Dinge bei den entscheidenden Stellen in Berlin anscheinend gar kein Verständnis vorhanden ist. Hinter dem Schleier der Arbeiter- und Soldatenräte, in deren Zusammensetzung die **Polen** wieder ihre sehr geschickte Hand bewiesen haben, verbirgt sich eine **vollkommen ausgebildete staatliche Organisation**, die sich durch die eigenmächtig ausgeschriebenen Landtagswahlen die heutzutage unentbehrliche demokratische Grundlage zu geben im Begriff ist. **Ganz offen wird in polnischen Versammlungen bereits angekündigt, daß am 4. Dezember die Provinz Posen als zu Polen gehörig proklamiert werden soll.** In der Hauptstadt Posen haben sie nach der Absetzung des Oberbürgermeisters und der angeblichen Beurlaubung des Polizeipräsidenten die **Ueberwachung des Eisenbahnverkehrs** dadurch gesichert, daß sie drei Polen im Gebäude der Eisenbahndirektion installierten. Ein gleicher Versuch in **Bromberg** ist, wie der „Tag" berichtet, an der entschiedenen Haltung des dortigen Eisenbahndirektionspräsidenten gescheitert. Dem neu errichteten **Provinzialernährungsamt** wird die Aufgabe zugewiesen, für eine bessere Versorgung der Provinz tätig zu sein. Indessen werden alle Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln, z. B. Butter, angehalten; erst soll der Bedarf der Provinz gedeckt, der Ueberschuß kann abgegeben werden. Die Deutschen der Provinz Posen wollen aber gar nicht besser versorgt werden, als ihre Landsleute in Berlin. In Wahrheit verfolgen die Polen damit natürlich ganz andere Zwecke. Auch versuchen sie mit allen Mitteln **ihre Waffenvorräte zu vermehren**, und die wiederholten Anschläge auf das Posener Bekleidungsdepot waren nichts weniger als leicht zu nehmen.

*

# Unsere Ernährungslage

Auf der Reichskonferenz warnte vorgestern — nach dem jetzt vorliegenden ausführlichen Berichte — Staatssekretär Wurm davor, die Fehler der alten Durchhalte-Regierung zu beschönigen, **der wirtschaftliche Zusammenbruch sei ohne gleichen**. Der Ausfall der **Kriegsgefangenen** bei der Ernte von Hackfrüchten, die **Grippe** und der **Kohlenmangel** hätten auf die Bearbeitung von Zuckerrüben, auf die Mühlbetriebe usw. verheerend gewirkt. Dazu der Ausfall von Ueberschußbezirken (**Elsaß-Lothringen, linkes Rheinufer, Posen und Westpreußen**) und schließlich das eigenmächtige Vorgehen mancher A.- und S.-Räte hätten den Verteilungsplan gestört. Wie wollen wir den Oesterreichern die ihnen nötigen 33 000 Tonnen Mehl zum ersten Dezember geben? Die **Kartoffel-Mißernte** in Ostpreußen mit einem Ausfall von 16 Millionen Zentnern und der Stand der Getreidebelieferung, an der noch 62 Prozent oder 3,3 Millionen Tonnen fehlen, machen die Belieferung einzelner Gebiete unmöglich. Bei **Fett** müssen wir uns mit 4,5 Prozent des Bedarfs einrichten, beim **Fleisch** wäre bei bisheriger Rationierung jeden Monat eine fleischlose Woche nötig. In **Posen** bestände die Gefahr, daß das polnische Ernährungsamt unter der **Diktatur polnischer Chauvinisten** die Belieferung einstelle, wogegen mit Waffengewalt gar nichts zu machen sei. Ein bestimmter Ernährungsplan für die Zukunft sei unmöglich; auf die Proviantämter, die immer nur monatweise beliefert worden seien, dürfe nicht entscheidend gerechnet werden. Bei Ablieferungen der Landkreise und Unterbindung des Schleichhandels rechne man auf die Tätigkeit der Bauernräte, **auch die Hamsterlager in Stadt und Land sollten kontrolliert werden**, wobei es sich aber nur um verhältnismäßig geringe Mengen handeln könne. Rettung könnte nur Aufhören der **Blockade** und ein **Präliminarfriede** bringen, wozu wir konsolidierte Verhältnisse haben müssen. Wir brauchen ungefähr vom Ausland für mäßige Ernährung der Bevölkerung **monatlich 67 000 Tonnen Fett, 180 000 Tonnen Fleisch und 420 000 Tonnen Getreide, Mehl und Reis**, dazu für die Kinder kondensierte Milch und Nährmittel. Dazu müßte uns das Ausland mehr als 6 Milliarden kreditieren.

*

Unsere Ernährungsfrage ist also schlecht. Das gibt nunmehr auch das Kriegsernährungsamt nach anfänglichem Zögern zu. **Die Revolution hat die geordnete Verteilung der Nahrungsmittel vollständig über den Haufen geworfen**, und es wird ohne Zufuhren von auswärts kaum möglich sein, sehr bedenkliche Zustände zu verhüten. Manche A.- und S.-Räte sind in diesen Dingen von erstaunlicher Kurzsichtigkeit. Das kommt nicht nur in Gestalt einseitiger Verfügung über im Inlande vorhandene Nahrungsmittel zum Ausdruck. Die Z.-E.-G. gehört, wie unsere Leser wissen, ganz gewiß nicht zu unseren Lieblingen. Die **Einfuhr aus dem Auslande** ist ihr nun aber einmal übertragen, und so dürfen ihr bei der Lösung ihrer Aufgaben nicht aus den eigenen Reihen heraus Schwierigkeiten gemacht werden. Solche Schwierigkeit aber bedeutet es, wenn einzelne A.- und S.-Räte auf den Märkten des neutralen Auslandes ihr **als Aufkäufer Wettbewerb** machen und die **Preise hoch treiben**. Als Beispiel sei ein Fall erwähnt, über den aus **Bornholm** berichtet wird. Der Vertreter der Z.-E.-G. ist im Rahmen der Abmachungen mit der dänischen Regierung im Begriff, sich einen Posten von 4000 **Tonnen Heringen** zum Preis von 85 Kronen die Tonne zu sichern. Da erscheint ein Vertreter **des A.- und S.-Rats Dresden** und bietet 135 Kronen! Die dänische Regierung ringt die Hände. Was soll sie tun? Verweigert sie dem Vertreter des A.- und S.-Rats entsprechend den Abmachungen mit der deutschen Regierung die Ausfuhrerlaubnis, so schreien ihre Fischer, denen so der höhere Preis vorenthalten wird, Zeter und Mord. Gibt sie die Erlaubnis, so ist die Abmachung zugunsten der Z.-E.-G. durchbrochen. Bewilligt aber die Z.-E.-G. ihrerseits den höheren Preis, so steigt der Heringspreis in Deutschland als einziges Ergebnis des **Dresdner** Eingreifens sofort ganz allgemein um ein namhaftes. Denn dann ist eben ein neuer und höherer Marktpreis ein für allemal für die Ausfuhr von Heringen nach Deutschland maßgebend. Genau ebenso liegen die Dinge für jeden anderen Gegenstand der Nahrungsmitteleinfuhr.

# Provinz Sachsen

## Aerztliche Versorgung des platten Landes

Man schreibt uns:

Die **ärztliche** Versorgung des **platten Landes** hatte in den letzten Jahren vor dem Kriege einen erheblichen **Rückgang** erfahren. Vor einigen Jahrzehnten kamen in weiten Teilen des Reiches auf einen Arzt 4 bis 5000 Personen, diese Ziffer hatte sich allmählich auf etwa 2500 bis 3000 Personen verringert, war dann aber wieder beträchtlich gestiegen. Während sich eine schnelle Steigerung der Aerzte in den Großstädten und Industriebezirken ergab, machte sich auf dem platten Lande eine Abwanderung geltend. Bei der Rückkehr zahlreicher Aerzte aus dem Felde werden viele angesichts der vielfach veränderten Verhältnisse neue Niederlassungen wählen; im Hinblick auf die unzulängliche ärztliche Versorgung des platten Landes wird es von Wert sein, daß diese Bedürfnisse in den beteiligten ärztlichen Kreisen Beachtung und Berücksichtigung finden. Es wird sich auf dem Lande für viele Aerzte die Gelegenheit zu einträglicher Praxis bieten.

*

**Vorbildliche Siedlungsanlagen**

Im Verlag der Zeitschrift „**Der Siedler**" (Oskar Laube, Dresden), ist eine Ansichtskartenserie erschienen, die vorzügliche Bilder vorbildlicher Siedlungsanlagen in der **Provinz Sachsen und Thüringen** bringt. Die Bilder sind ein ausgezeichnetes Mittel, dem Fernstehenden einen Blick in das moderne Siedlungswesen zu ermöglichen. Jeder, der warmes Interesse für die **Eigenheimbestrebungen** hat — und wer hat das wohl nicht, — sollte sich diese Heimatschutzkarten beschaffen, die ihm auch einen künstlerischen Genuß gewähren. Qu.

---

t **Merseburg**, 27. Nov. (**Der Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat**) beabsichtigt, im Interesse der beschleunigten Durchführung der **Kartoffel- und Rübenernte** sowie im Interesse der **Kohlenversorgung** der **Gespannot** dadurch abzuhelfen, daß er von den bei der Demobilmachung freiwerdenden Pferden, Wagen usw. eine Anzahl mit Beschlag belegt und sie den daran Bedarf habenden Gemeinden unentgeltlich zur Verfügung stellt.

— **Merseburg**, 26. Nov. (**Die Stromsperre**) von 12 bis ½5 Uhr nachmittags hält noch wie vor an. Die Schwierigkeiten der elektrischen Versorgung liegen im Kohlenmangel.

pk. **Berga a. E.**, 25. Nov. (**300000 Mark-Stiftung.**) Die Firma Ernst Engländer, Mechanische Seidenweberei in Berga, hat unter dem Namen „Ernst Engländer-Stiftung" eine Stiftung errichtet und ihr Vermögenswerte im Betrage von **300000 Mark zugesichert**. Zweck der Stiftung ist, mit dem Stiftungskapital und den auflaufenden Zinsen nach Beendigung des gegenwärtigen Kriegszustandes in Berga oder Eula und Umgebung, sowie in Creuzburg an der Werra gesunde, schöne **Wohnhäuser** zu errichten, die **Arbeitern** oder sonstigen minderbemittelten Personen oder Angestellten zu einem niedrig bemessenen Mietpreis vermietet werden sollen.

a. **Schönewerda**, 26. Nov. (**Bauern- und Arbeiterrat.**) Bei der Bildung eines Bauern- und Arbeiterrates in hiesiger Gemeinde wurde dem Rechnung getragen, daß sich die Mitglieder zusammensetzen aus Personen mit **größerem** und **kleinerem** landwirtschaftlichen Besitz, Handwerkern, landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeitern aus den Gewerkschaften. Von den Arbeitgebern wurden gewählt: Richard Koch, Friedrich Fahr, Albin Mausing, Friedrich Range. Von den Arbeitnehmern wurden gewählt: Hermann List, Otto Prange, Karl Brandt und Hermann Pontra. Als 9. Mitglied tritt als Vertreter des Gutsbezirks Oberamtmann Hoch hinzu. Die Versammlung verlief überaus glatt und ruhig.

a. **Schönewerda**, 26. Nov. (**Ortsrichterwahl.**) Durch den Heldentod seines Sohnes jeglicher Stütze beraubt, sah sich Gutsbesitzer Friedrich **Hausburg** gezwungen, das Amt des Ortsrichters der hiesigen Gemeinde niederzulegen. Nach **37jähriger Amtstätigkeit** seines Vaters trat er das Amt 1911 an. Vater und Sohn haben treu ihres Amtes gewaltet zum Segen für die Gemeinde. Selbstlos standen sie jedermann mit Rat und Tat zur Seite. Bei der vollzogenen Neuwahl wurde, da Hausburg eine Wiederwahl bestimmt ablehnte, Gutsbesitzer Friedrich **Liebhold** jun. einstimmig zum Ortsrichter gewählt.

M **Belgern** (Elbe), 27. Nov. (**Bahnsperre.**) Der gesamte Bahnverkehr auf der Bahn Torgau—Belgern ist seit voriger Woche bis auf weiteres eingestellt. Auf der Kleinbahn Burxdorf—Mühlberg verkehrt nur noch das Nachmittags-Zugpaar. Der Verkehr der Zuckerrüben-Züge auf der letzteren Bahn für die Strecke Burxdorf—Prottewitz ist Tag und Nacht noch im Gange.

— **Naumburg**, 27. Nov. (**Ein Standgericht**) soll in Bildung begriffen sein, um Plünderungen, Widersetzlichkeiten und Verstöße gegen Zucht und Ordnung, sowie Wucher aburteilen zu können.

g **Lochau**, 27. Nov. (**Diebstahl.**) Ein russisch-polnischer Arbeiter wurde durch Entwendung eines großen Teiles seines gesparten Arbeitsverdienstes, sowie verschiedener Kleidungsstücke und von Schuhwerk schwer geschädigt. In Verbindung mit diesem Diebstahl scheint das Verschwinden eines polnischen Mitarbeiters zu stehen, welcher nach Bekanntwerden des Diebstahls schnell das Weite gesucht hat und nach dem nun eifrig gefahndet wird.

— **Oberröblingen**, 27. Nov. (**Ein Zusammenstoß mit einem Flurhüter**) fand vor dem Schöffengericht in Eisleben seine Sühne. Der Grubenschmied Franz Pfeiffer in Oberröblingen am See und der Schmiedelehrling Kurt Pfeiffer waren beschuldigt, zusammen am 8. August d. Js. in der Flur Obereßperstedt Gerste vom Acker des Landrats a. D. Weidlich entwendet und ferner Franz Pfeiffer den Flurhüter Helbung in Obereßperstedt im August d. Js. beleidigt zu haben, indem er ihm zurief: „Du Stromer, du hast mich erst angezeigt!", und ihm drohte, „**den Schädel einzuschmeißen**". Franz Pfeiffer wurde wegen Felddiebstahls und Beleidigung zusammen zu 30 Mark oder sechs Tagen Gefängnis verurteilt. Kurt Pfeiffer wurde wegen nicht ausreichender Beweise freigesprochen.

# „H. Z."-Sportberichte

**Rudergesellschaft von 1874**

Die Rudergesellschaft von 1874 veröffentlicht ihren Sportbericht für das Jahr 1917/18. Die sportliche Tätigkeit war besonders lebhaft. Die Jugend stellte dabei die größte Zahl der Ruderer. Stillgelegt wurden, veranlaßt durch die Einberufungen, die Schülerabteilungen. Bemerkenswert ist die rege Teilnahme der weiblichen Jugend. 50 Schülerinnen hielten unter Leitung von Fräulein Matthes ihre Ruderübungen ab.

Die rege Beteiligung ermöglichte es, außer dem üblichen Anrudern zwei interne Regatten abzuhalten, eine sogenannte Frühjahrs- und eine Herbstregatta. Auch an zwei auswärtigen Jugendregatten beteiligte sich der Verein, und zwar: in Leipzig an einem Vierer- und Achterrennen, in Naumburg an einem Viererrennen. Während es uns in Leipzig möglich war, das **Viererrennen** mit der Mannschaft W. **Hofmann, Jacob II, Zwarg, Jacob I, St. Bührlen** gegen Leipziger Sturmvogel, Germania, Neptun und Halle Klub zu gewinnen, konnte der Verein im **Achter** nur als zweites Boot gegen Sturmvogel Leipzig landen. In **Naumburg** unterlag er gegen Leipzig Sturmvogel mit einem Meter. Das Tourenrudern wurde mehr denn je gepflegt. Größere Touren sind gefahren nach Rothenburg und Merseburg.

*

— **Erfurter Sportbrief.** Zu den letzten Ligaspielen schreibt uns unser **Erfurter Sportmitarbeiter:** Im Spiel Borussia-Erfurt gegen Gotha 01 — 2:1 —, wurde interessanter Sport geboten. Borussia war sehr überlegen, doch versagte der Sturm kurz vor dem Schuß, so daß die schönsten Gelegenheiten nicht ausgenutzt werden konnten. **Gotha** konnte durch Elfmeter die Führung übernehmen. Erst nach der Halbzeit gewann Borussia die Führung und konnte als Sieger vom Platz treten. Gotha erhob Protest. — Spannend war das Spiel **Sportklub-Erfurt** gegen **Spielvereinigung** — 6:4 —. Der Kampf wogte hin und her. Sportklub erringt mit zwei Toren die Führung, doch zog Spielvereinigung bis Platzwechsel gleich. Sportklub holt nach Halbzeit zwei weitere Punkte, doch vermag Borussia wieder den Ausgleich herbeizuführen. Endlich kann Sportklub mit 6:4 das Feld behaupten.

— **Der Krieg und der süddeutsche Fußballsport.** Durch die Ereignisse der letzten Tage, namentlich durch die Waffenstillstandsbedingungen, hat der Süddeutsche Fußballverband eine gewisse Störung seines sportlichen Betriebes erfahren. **Elsaß-Lothringen**, das den Oberrheingau des Südkreises bildet, scheidet wohl **vollständig aus**. Ein weiteres großes Gebiet, und zwar der größte Teil des Westkreises, wird durch die Besetzung der **Rheinpfalz** und des übrigen linken **Rheinufers** eine gewisse Zeit von dem übrigen Verbandsgebiet getrennt sein. Man hofft jedoch, durch die Erteilung von **Reiseerlaubnissen** für die Mannschaften der besetzten Gebiete den sportlichen Verkehr mit dem übrigen Verbandsgebiete fortsetzen zu können.

— **Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen.** Wie wir vom Vizepräsidenten des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen Oberregierungsrat v. Oertzen erfahren, wird der Deutsche Reichsausschuß in einer demnächst, wahrscheinlich für Dezember einzuberufenden Hauptversammlung zur Neuordnung der Verhältnisse auf sportlichem und turnerischem Gebiet Stellung nehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191811281-10/fragment/page=0003

# Halle und Umgebung

Halle, 28 November.

## Der A.- und S.-Rat Halle für die National-Versammlung

Der hiesige A.- und S.-Rat hat heute folgenden Beschluß gefaßt:

„Der A.- und S.-Rat für Halle **unterstützt die gegenwärtige Regierung** der Volksbeauftragten und ihr **sozialistisches Programm**. Er fordert, daß die **Nationalversammlung** einberufen wird, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Bis zu ihrem Zusammentritt sind die Arbeiter- und Soldatenräte die **Repräsentation des Volkswillens**.

Der A.- und S.-Rat Halle a. S.
Gez. Gruner, Beilicke, Neiwand, Dietrich."

— **Wann kommen die 36er? Wann kommen die 75er?** Diese beiden Fragen wurden im Laufe dieser Tage ungezählte Male an den Fernsprechern unseres Blattes laut. Eine genauere Auskunft vermögen wir bis zur Stunde noch nicht zu geben; auch gestern abend war der nähere Zeitpunkt der Ankunft unserer hiesigen Truppenteile bei den zuständigen Stellen noch nicht in Erfahrung zu bringen. — Gestern hatte sich in der Stadt das Gerücht verbreitet, nachmittags um 4 Uhr träfen die 75er ein. Um ¾4 Uhr versammelte sich in Erwartung dessen auf dem Riebeckplatz und die Delitzscherstraße hinab bis zum Bahnhof eine vielköpfige Menschenmenge, die lange Zeit vergeblich nach den Truppen Ausschau hielt.

ii. **Militärische Auszeichnungen.** Das Eiserne Kreuz 2. Kl. erhielten Ers.-Res. **Hempel** und Gefr. **Hoffmann**-Hohenthurm, Schütze P. **Bielig** und Musk. E. **Bielig** sowie Blinker **Jauck**-Wiedemar, Musk. **Hartung** und Unteroff. **Weiser**-Reinsdorf, Gefr. B. **Weiser** und Krankenträger K. **Weiser**-Gollme und Waffenmeistergehilfe **Bunsche**-Nockwitz.

— **Anmeldung von möblierten Zimmern und Schlafstellen.** Um Irrtümer zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß im städtischen **Wohnungsnachweis**, Gr. Berlin 11, Erdg. r., nur solche Meldungen von möblierten Zimmern, Schlafstellen usw. entgegengenommen werden, die zur **dauernden Vermietung** an die ins bürgerliche Leben zurückkehrenden alleinstehenden Soldaten abgegeben werden sollen. Wer lediglich Räume zur vorübergehenden **Einquartierung** der durchziehenden Soldaten zur Verfügung stellen will, melde sich auf dem **Militärbüro**. Die **dauernde** Abgabe von möblierten Zimmern und Schlafstellen, unbenutzten Fremdenzimmern und dergleichen, ist deshalb dringend erforderlich, weil die Wohnungsnot auf diesem Teilgebiete nicht weniger groß ist als die allgemeine. Auch da, wo ein wirtschaftlicher Zwang zur Vermietung nicht besteht, sollten Räume abgegeben werden, weil es nur so gelingen kann, den großen Bedarf zu decken und Zwangsmaßnahmen, die sonst unvermeidlich sind, zu vermeiden.

— **Die Lebensmittelvorschriften bleiben bestehen.** Bei der Bevölkerung, insbesondere auch auf dem Lande, ist die Ansicht verbreitet, daß mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien. Diese Gerüchte sind falsch. Die Bevölkerung wird in einer Bekanntmachung des Magistrats darauf hingewiesen, daß die genaue Einhaltung der Vorschriften, betreffend Abgabe von Nahrungsmitteln nur gegen Karten, Verfütterungsverbote usw., im gegenwärtigen Augenblick mit verschärfter Genauigkeit durchgeführt werden müssen, wenn eine Stockung der Lebensmittelversorgung in den wichtigsten Verbrauchsgebieten vermieden werden soll. Wann die von den Ententeländern in Aussicht gestellte Zufuhr von Lebensmitteln eintreffen und zur Verteilung kommen kann, und wie groß diese Mengen bemessen sein werden, steht noch in keiner Weise fest. Nur die strikte Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems und die Beachtung der erlassenen Vorschriften kann das deutsche Volk vor der Hungersnot bewahren.

— **Vereinigung der Lehrkräfte an den höheren Schulen.** Auf Anregung des **Philologenvereins** haben sich die an den höheren Schulen Halles tätigen Lehrkräfte vereinigt, um an dem Wiederaufbau des Staates helfend mitzuarbeiten und die Interessen des höheren Schulwesens zu wahren. In der **ersten Hauptversammlung**, die am Montag in der „Tulpe" abgehalten wurde, stand im Mittelpunkt der Verhandlungen die Besprechung über die Frage der Einheitsschule, die sich an einen Vortrag des Studienrats **Krüger** vom Stadtgymnasium „**Die Einheitsschule und der Aufstieg der Begabten**" anschloß. Die Versammlung stellte sich dem Antrag des Redners entsprechend einmütig auf den Boden der von einem Schulausschuß auf Grund eingehender Beratungen seit März 1917 für den Magistrat und die Stadtverordneten verfaßten Denkschrift und stellte alle grundsätzlichen Bedenken gegen die dreijährige allgemeine Grundschule im Interesse der Zusammenarbeit der Vertreter aller Schulgattungen zurück. Die Lehrerschaft der höheren Schulen Halles tritt damit einerseits für die Schaffung reichlicher Uebergangsmöglichkeiten für begabte Schüler der Volksschulen in die Mittel- und höhere Schule, andererseits für die Abschaffung aller öffentlichen Vorschulen ein, ohne daß den Eltern die Möglichkeit genommen wird, ihre Kinder in Privatschulen vorbereiten zu lassen. Dagegen lehnt sie einstimmig die sechsjährige Grundschule, die eine schwere Hemmung der Begabten, und eine Herabsetzung des Lehrzieles der höheren Schule bedingen würde, sowie die Zwangsvolksschule als einen Eingriff in die Elternrechte ab.

— **Bessere Aussichten über die Tabakversorgung.** Man schreibt uns: Das bevorstehende Ende des Krieges dürfte es ermöglichen, den kürzlich noch in absehbarer Zeit zu erwartenden vollkommenen Stillstand unserer Zigarrenfabrikation zu vermeiden. Bekanntlich ist durch eine weitere Herabsetzung der Tabakkontingente eine beschränkte Aufrechterhaltung des Betriebes in den Zigarrenfabriken ermöglicht worden. Die vorhandenen Tabakvorräte reichen aus, bis der Tabak der letzten deutschen Ernte zur Verarbeitung gelangen kann. Inzwischen wird aber wohl zweifellos überseeischer Tabak zur Einfuhr gelangen können. Nach einem Konsularbericht aus Rotterdam über die Lage des holländischen Tabakmarktes, lagern in den **holländischen Kolonien sehr bedeutende Mengen von Rohtabak**. Die Schwierigkeiten der Ausfuhr haben den größten Teil der letzten Ernten in Niederländisch-Indien zurückgehalten. Abgesehen von den außerordentlich großen Kapitalien, die auf diese Weise festliegen, ist auch ein sehr großes Risiko damit verbunden, da die Gefahr besteht, daß die Deckblätter durch den langen Aufenthalt im warmen Klima leiden. Holland hat daher ein dringendes Interesse daran, die auf Sumatra und Java lagernden großen Posten von Rohtabak nach Europa zu schaffen und zum Verkauf zu bringen. Die Vereinigten Staaten haben ihre Bezüge an holländischem Kolonialtabak in der letzten Zeit eingeschränkt. Von jeher war Deutschland auf den holländischen Tabakmärkten der größte Abnehmer. Bei den sehr reichlichen Vorräten ist nicht anzunehmen, daß die Kriegspreise, die teilweise eine Einfuhr vollkommen unmöglich machten, aufrecht erhalten werden können. Auch aus Brasilien kommt die Nachricht, daß dort sehr reichliche Tabakvorräte lagern. Unsere Zigarrenindustrie, und mit ihr die Raucher, gehen also zweifellos besseren Zeiten entgegen; zu einem vollständigen Stillstand der Erzeugung wird es nicht kommen, und die gegenwärtigen Phantasiepreise dürften in absehbarer Zeit ganz bedeutend zurückgehen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß inzwischen ein neues Tabaksteuergesetz kommen wird, das von der Zigarre eine neue Abgabe in Form einer Banderole erheben wird. Der Rauchgenuß wird also in Zukunft nicht unwesentlich kostspieliger sein, als er vor dem Kriege war.

— **Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle** teilt uns mit, daß er ärztliche **Sprechstunden für den Mittelstand** eingerichtet hat. Anmeldung in der Sprechstunde der Schwestern, täglich von 8—4 Uhr (Salzgrafenstr. 1). Der Verein hofft, daß diese Einrichtung recht reichlich benutzt wird. Für die Mittelstandsangehörigen kommt ebenso wie für die sonstigen Pfleglinge der Fürsorgestelle in Frage: ärztliche Untersuchung und Beratung (nicht Behandlung), Beihilfen zur Durchführung von Heilanstaltskuren für Erwachsene und Kinder, sonstige Beihilfen bei Erkrankungsfällen an Tuberkulose. Wohnungsbesuche durch die Schwestern. Nach Möglichkeit ist eine Ueberweisung durch den Hausarzt mitzubringen. Als Mittelstandsangehörige in diesem Sinne werden alle Familien betrachtet, deren Ernährer Beiträge an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zahlen oder solche, die diesen gleich zu erachten sind.

— **Der Verein ehem. 36er** hatte für den 9. d. M. eine Wohltätigkeitsveranstaltung in Aussicht genommen, deren Ertrag zur Unterstützung der Hinterbliebenen gefallener Kameraden und zum Besten Kriegsbeschädigter verwendet werden sollte. Infolge Erkrankung einiger Mitwirkender mußte die Vorstellung ausfallen. Leider bietet sich auch jetzt noch keine Möglichkeit zur Abhaltung des Konzerts. Die Schwierigkeiten bestehen noch immer, neue sind hinzugekommen. Infolgedessen muß die Veranstaltung auf unbestimmte Zeit verlegt werden, was im Interesse der vielen Witwen und Waisen sowie der Kriegsbeschädigten zu bedauern ist. Der Betrag für die bereits gekauften Eintrittskarten wird, wenn die Betreffenden zu Gunsten der Hilfsbedürftigen darauf nicht verzichten, gegen Rückgabe der Eintrittskarten in dem Geschäft von Hothan, Gr. Ulrichstraße 38, von Donnerstag, den 28. bis Sonnabend, den 30. d. M. zurückgegeben.

— **Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Am Donnerstag d. W., abends um 8½ Uhr, wird Direktor **Bauer** von der Provinzial-Blindenanstalt, dem gleichzeitig die Kriegsblindenfürsorge der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt anvertraut ist, im Auditorium maximum der Universität über die **Fürsorge an unseren Kriegsblinden** und Blinden sprechen.

— **Kunst fürs Kind!** Unter diesem Schlagwort hat die Firma Tausch u. Grosse wieder eine Ausstellung künstlerischer Bilderbücher und Wandbilder zusammengestellt. Daß die modernen Künstler von Rang und Namen sich gern und freudig in den Dienst der künstlerischen Erziehung des Volkes und besonders des Kindes und der Jugend stellen, ist, will man von den Kulturfortschritten unseres Jahrhunderts sprechen, mit einer der erfreulichsten. Mit Freude sieht man auch auf diesem Gebiete jetzt künstlerischen Geschmack walten. Die Ausstellung ist vom 28. November bis zum 5. Dezember früh von 9 bis abends um 5 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen.

— **Unterstützt die Aermsten!** Nur noch wenige Wochen, dann begeht die schon 41 Jahre bestehende Wohltätigkeitsvereinigung der Zigarrenköpfchen-Sammler ihre Feier als Weihnachtsbescherung für Waisen- und Halbwaisenkinder, vorzugsweise an solche gefallener Krieger. In der kürzlichen Versammlung wurde bekannt gegeben, daß sich gegen 140 arme Witwen zur Versorgung von Kleidungsstücken, wie Schuhwerk, Wäsche usw. gemeldet haben. Bekanntlich unterziehen sich die Mitglieder der löblichen Aufgabe, allerhand Kleinigkeiten, wie Zigarrenköpfchen, unbrauchbare Zigarren, Zigarrenbänder, leere Zigarrenkisten, Flaschenkorke, Silberstaniol und alte Metallteile zu sammeln, um aus diesem Erlös den Bedürftigsten zu helfen. Frankierte Pakete von außerhalb finden dankbare Verwendung. Hauptsächlich sind Zigarrenköpfchen der guten Verwendung halber erwünscht. Außer Herrn E. Lehmann, Lessingstraße 38, nehmen die in der Stadt verzweigten Nebenstellen alle genannten Gegenstände entgegen. Geldspenden wolle man dort ebenfalls oder dem Leiter der Vereinigung, Kaufmann Reinhold Aßmann, Gr. Ulrichstraße 49, gütigst übermitteln, wo auch das Uebrige entgegengenommen wird. Für bisherige Spenden herzlichen Dank.

*

— **Robert Franz-Singakademie.** Auf die morgen (Freitag) in der Marktkirche unter Leitung des Professors Alfred Rahlwes zum Gedächtnis der Verstorbenen stattfindende Aufführung des Requiems von Friedrich Kiel, sei hierdurch nochmals hingewiesen. Eingeleitet wird die Aufführung durch Beethovens „An die Hoffnung". Den schon genannten Mitwirkenden treten noch Amalie Methner-Halle (2. Sopran) und Max Fest-Leipzig (Orgel) hinzu. — Eintrittskarten für Nichtmitglieder in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch und am Konzerttage von 5 Uhr ab bei C. Wisell, gegenüber dem Kirchen-Haupteingang.

ii **Nietleben**, 27. Nov. Für die **heimkehrenden Krieger** und die zu erwartende Einquartierung sind heute die Straßen und der Bahnhof zu einem herzlichen Willkommen mit Fahnen und Ehrenpforten geschmückt worden. — Die Lackfabrik **Deich** ist in die Hände des Herrn Struthmann übergegangen.

# Volkswirtschaft

## Gesetz gegen die Steuerflucht

Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Steuerfluchtgesetzes sind folgende: Es ist verboten, Wertpapiere ins Ausland zu verbringen, **anders als durch Vermittelung der Banken**. Als Wertpapiere gelten nicht die Zahlungsmittel, die durch die in Kraft bleibende Devisenordnung geschützt sind. Banken dürfen einen Antrag auf Verbringung von Wertpapieren ins Ausland oder auf Gutschrift von einem inländischen auf ein ausländisches Konto nur ausführen, wenn der Antragsteller in doppelter Ausführung eine Erklärung über Inhalt und Zweck des Geschäfts abgibt. Eine Abschrift dieser Erklärung hat die Bank in einer Woche an die Steuerbehörde einzureichen. Die **eigenen Geschäfte** der Bank fallen nicht unter diese Bestimmung. Das Reichswirtschaftsamt kann weitere Ausnahmen gestatten. Ferner ist ein **Verbot für die Errichtung eines Kontos** (Hinterlegen von Wertsachen und Mieten von Schließfächern) **unter falschem Namen** erlassen worden. Die Bank hat sich über die Persönlichkeit des Antragstellers zu vergewissern. Auf eine Uebertretung dieser Verbote sind sehr hohe Strafen gesetzt, nämlich 100 000 Mark Geldstrafe, wahlweise mit Gefängnis bis zu drei Monaten und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Wenn eine Bank an der Uebertretung des Verbots durch Lässigkeit mitwirkt, verfällt sie einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark. Wirkt ein Bankbeamter absichtlich an der Uebertretung des Verbots mit, so wird er nach den allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches Mitschuldiger. Auch der Versuch ist strafbar.

*

### Börsenstimmungsbild

**Berlin**, 27. Nov. Im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen brachte die heutige Börse eine empfindliche Ermattung des Marktes für Industrieaktien. Die zur Erörterung gestellte Frage über die Vergesellschaftung der industriellen Unternehmungen gab den Anlaß zur Abstoßung des Aktienbesitzes. Das angebotene Material war allerdings nicht besonders umfangreich, bewirkte aber bei dem Mangel an Käufern einen Kursrückgang von 2 bis 3 Prozent. Bochumer stellten sich sogar um 4 Proz. niedriger. Deutsche Waffen verloren über 5 Prozent. Einige Werte zeigten auch heute gute Haltung, so in erster Linie Deutsche Kaliaktien, die mehr als 3 Proz. gewannen, ferner Rombacher und Rheinstahl. Höchster Farbwerke zogen ebenfalls im Kurse an. Von Schiffahrtsaktien waren Hamburger Paketfahrt und Norddeutscher Lloyd fest. Lloyd-Aktien sogar höher. Für Türkische Tabak-Aktien und Italienische Meridionalbahn bestand Kauflust. Deutsche, österreichische und ungarische Anleihen neigten zur Schwäche. Die Börse schloß etwas fester. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Industrieaktien waren gegen gestern verhältnismäßig wenig schwächer.

### Produktenbericht

**Berlin**, 27. Nov. Große Aufmerksamkeit erweckte bei den Interessenten die heutige Verordnung der Reichsregierung, wonach die Zentraleinkaufsgesellschaft aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamtes ausscheidet und dem Reichsernährungsamt unterstellt wird. **Es dürfte dies wohl im Zusammenhang mit der Bildung eines Regierungsausschusses für die Einfuhr von Lebens-, Futter- und Düngemitteln stehen.** Der hiesige Produktenverkehr bewegte sich in den gewohnten Bahnen. Lebhaftere Nachfrage zeigte sich für Rübensamen. Auch Gemüsesämereien sind andauernd gesucht. Von den übrigen Sämereien steht Rotklee in kleinen Mengen zur Verfügung. Serradella bleibt nach wie vor stark angeboten und knapp. Rauhfutter knapp.

*

* **Arbeitsvermehrung durch Steigerung des Eisenexports.** Der neuen Regierung sind Mitteilungen zugegangen, wonach sowohl Holland wie den nordischen Staaten eine Steigerung des deutschen **Eisenexports**, über die in den einzelnen Verträgen festgesetzte Menge hinausgehend, **sehr erwünscht** wäre. Infolgedessen hat sich die Regierung mit dem Ersuchen an die großen Eisenwerke gewandt, nach Tunlichkeit die Produktion zu steigern, **um eine Vermehrung des Eisenexports** zu ermöglichen.

ss. **Ueber die Aussichten in der Schuhindustrie** läßt sich, wie der Vorstand der Eduard Lingel Schuhfabrik Akt.-Ges. zu Erfurt im Geschäftsbericht ausführt, angesichts der gegenwärtigen politischen Lage nur mit großer Zurückhaltung urteilen, zumal auch die Frage der Beschaffung des Rohmaterials im Dunkeln liegt. Erwünscht wäre unter allen Umständen, daß die Ledereinfuhr sich möglichst frei von behördlichen Fesseln vollziehen könne. Der Bedarf wird jedenfalls ein großer sein. Wie dagegen sich die Preise gestalten werden, läßt sich selbstverständlich, da dies von den verschiedensten, nicht übersehbaren Einflüssen abhängig ist, nicht vermuten. Zu hoffen ist, auch im Interesse der deutschen Valuta, **daß in nicht zu langer Zeit auch das Exportgeschäft** wieder einsetzen kann.

* **Altenburger Actien-Brauerei in Altenburg.** Nach dem Geschäftsbericht für 1917/18 war die Trocknungsanlage befriedigend beschäftigt, und hat die Gesellschaft in dem letzten Vierteljahr Trocknung und Vermahlung von Laub aufgenommen. Nach Abschreibungen von 224 220 M. ergibt sich zuzüglich 9130 M. Vortrag und 28 000 M. aus Separatkonto zur Ergänzung der Dividende ein Reingewinn von 193 876 M., woraus wieder 8 Proz. Dividende verteilt werden.

* **Kali-Gewerkschaft Asse.** Der Grubenvorstand wird eine Ausbeute von 1000 M. verteilen. Das ist die erste Ausschüttung seit 1910 und seit dem **Wassereinbruch** in den einen der beiden fertigen Schächte. Die Zahlung der Ausbeute soll auf die am 24. Oktober eingetragenen Gewerken erfolgen. Vielleicht werden im Hinblick auf die Zeitereignisse und auf die **gebesserten** Betriebserträgnisse noch weitere Kaligewerkschaften die vorhandene Ausbeute ausführen.

* **Arbeitgeber und Arbeitsnachweis.** Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung hat eine Verordnung erlassen, nach der alle Arbeitgeber verpflichtet sind, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, haben diese Anmeldepflicht zu erfüllen. Die peinlichste Befolgung dieser Vorschrift ist unbedingt notwendig, weil nur durch die lückenlose Anmeldung des gesamten Arbeiterbedarfs eine Stauung des Arbeiterangebots auf der einen, ein Fehlen von Arbeitskräften an Stellen, wo sie dringend gebraucht werden, auf der anderen Seite verhütet werden kann. Auch für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ist die Anmeldung aller offenen Stellen unentbehrlich.

* **Französisches Kapital in Polen.** Dem „Monitor Polski" zufolge sammelt gegenwärtig ein großes englisch-französisches Konsortium Kapital, um sofort nach Friedensschluß die Ausbeute der polnischen Kohlenschätze im Dombrowa Revier und in Zyrardow in die Hand zu nehmen. — In London ist eine neue Galizian Oil-Cie. entstanden, die sich mit großem Kapital darauf vorbereitet, die polnische Naphtha-Industrie in die Hand zu bekommen. Die sozialistische polnische Presse wendet sich gegen diese Bestrebungen.

### Gewinn-Auszug
der
### 12. Preuss.-Südd. (238. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 15. Ziehungstag. — 26. November 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

**In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.**

2 Gewinne zu 15000 M 111409
6 Gewinne zu 5000 M 34874 97321 191505
82 Gewinne zu 3000 M 10541 11427 12650 14998 17462 21341 27051 27335 29973 38429 38781 41659 52404 66028 74156 74873 84809 85015 87639 98024 99966 103501 104488 116487 118956 122896 135902 128491 132806 160510 163804 164715 173665 174262 182790 193128 194700 215379 216103 223008 227483
156 Gewinne zu 1000 M 2753 4139 6481 7135 7685 7705 15966 16939 18126 19023 20167 24908 35877 37069 38058 39801 40172 41208 43819 45866 48739 53129 56473 55532 57159 58293 62885 70621 72561 73557 80195 91113 92316 98092 102451 102478 103327 105458 107485 107783 118232 132580 1[illegible]376 134597 142097 142539 143235 150036 150463 154096 167672 168613 170399 170680 176830 135042 188564 192079 195975 200546 202545 215769 216804 217346 222592 223032 227074 233397 233429
166 Gewinne zu 500 M 2207 3933 5166 6750 7177 8306 8975 9088 9093 16219 19093 23092 25959 29685 30482 45271 53407 65569 68088 68235 70093 72491 74676 79434 84249 84415 85799 90153 93556 93302 93983 93814 102174 102239 106490 109018 114452 114574 115023 119004 120248 122690 128159 123282 130559 132799 133652 141837 142741 143426 149000 151331 153553 159177 159621 160131 163376 164730 167294 177311 179192 182377 192694 184574 192095 195883 196042 199025 199753 203313 205753 206369 210954 211529 211816 213846 214521 220473 223343 224915 226565 230913 233869

**In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.**

4 Gewinne zu 5000 M 61531 213256
80 Gewinne zu 3000 M 9465 11679 14430 15720 33465 45873 60915 52531 52756 55399 61333 65145 73112 73167 92757 97122 100453 108534 113924 127309 132814 133904 139866 144492 145894 146434 149110 156797 160403 169235 177993 178943 179245 184918 187195 192447 223578 228386 230302 233774
142 Gewinne zu 1000 M 2551 3242 9250 15337 17422 22953 30958 33578 34111 37916 39724 47607 49572 49806 49850 52157 59565 63095 64531 69309 70300 70907 7284[illegible] 73338 75320 80030 82448 83598 86411 89801 90826 100396 104321 109471 109581 109683 112750 121141 124068 124104 126598 127586 135185 137541 139794 140497 141626 144366 151874 154783 170041 174935 176144 190280 192377 201378 202505 206098 208081 210985 211605 219945 222930 225594 228756 228790 230195 230726 230987 232131 233727
210 Gewinne zu 500 M 1879 3360 9844 11926 12320 17058 20289 22046 22553 31383 31593 36709 43815 45348 50416 60323 62058 53576 54567 54785 59263 59374 60177 61057 61751 64033 66329 67184 70696 74788 74908 75889 79208 84255 85751 88341 88953 9124[illegible] 96568 97932 98402 105106 105335 109535 110172 111577 115161 113760 115580 115687 123494 130413 131097 134229 138051 139019 141699 143060 145696 145958 146826 146986 143521 153304 153894 154547 154047 156753 157254 159546 160009 152300 167471 170917 171308 174221 176739 194400 187970 190492 190454 193360 193366 193415 197581 199849 203320 204628 214322 214374 214894 215825 215319 219593 222202 220707 223070 225062 225123 223005 230557 231775 232860 233371 233430

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher. Volkswirtschaft Ferdinand Querfurt; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Querfurt; für den Anzeigenteil: Walter Ebeling; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boenisch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191811281-10/fragment/page=0004